



Europaausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 28. November 2019
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 31. Sitzung des **Europaausschusses**

am Mittwoch, dem 27. November 2019, 9:30 Uhr
im Sitzungszimmer 383 des Landtags

Beginn: 9:40 Uhr

1. **Bericht der Landesregierung über den Stand und (vorläufige) Ergebnisse der Evaluation des Aktionsplanes zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie**

Antrag des Abg. Bernd Heinemann (SPD)
[Umdruck 19/3228](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Europaministerin zu Ergebnissen einer durch die Europäische Kommission beauftragten Studie im Vorfeld der Revision der EU-Ostseestrategie in Empfang, an den sich eine Diskussion anschloss.

2. **Bericht der Landesregierung über die Planungen für die Ausrichtung der Fehmarnbelt Days 2020**

Antrag des Abg. Bernd Heinemann (SPD)
[Umdruck 19/3027](#)

Der Ausschuss ließ sich vom Europaministerium und einem Vertreter von STRING über den Stand der Planungen eines Bürgerfests und einer Konferenz im Rahmen der Fehmarnbelt Days 2020 berichten. Der Ausschuss kam überein, sich an der Veranstaltung zu beteiligen und an den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags hinsichtlich einer gemeinsamen Präsenz der Landtagsverwaltung und der Abgeordneten heranzutreten.

3. **Bericht über das ADS-Schülerbotschafterprojekt der nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein in Kooperation mit dem dänischen Grenzverein und mit Unterstützung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Der Ausschuss nahm einen Bericht von Vertreterinnen des ADS-Grenzfriedenbundes entgegen, an den sich eine kurze Aussprache anschloss.

4. **Entschließung zur Minority Safepack Initiative**

Abg. Baasch erklärte die Hintergründe eines in der Sitzung vorgelegten überfraktionellen Antrags bezüglich einer Aufforderung an die Europäische Kommission zur Umsetzung der Bürgerinitiative „Minority Safepack“. Der Ausschuss empfahl dem Landtag im Wege der Selbstbefassung einstimmig, den Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

5. Gesetzentwurf über die Errichtung der „Stiftung für die Friesische Volksgruppe im Lande Schleswig- Holstein“ (Friesenstiftung) und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1682](#)

Nach einer Diskussion, in der insbesondere der Landesrechnungshof erneut Stellung bezog, stimmte der Ausschuss einstimmig zu, im Artikel 1 § 1 Satz 2 des Gesetzentwurfs die Bezeichnung „Friisk Stifting“ zu ergänzen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig vorbehaltlich der Voten des mitberatenden Finanzausschusses und des mitberatenden Bildungsausschusses, den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/1682](#), in so geänderter Fassung anzunehmen.

6. Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2019

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1683](#)

Nach kurzer Aussprache beschloss der Ausschuss bei Enthaltung der AfD die Durchführung einer mündlichen Anhörung zu der Vorlage, bei der die Minderheiten, die FUEN, der Minderheitenbeauftragte und die kommunalen Landesverbände als Anzuhörende vertreten sein sollten.

7. Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte den Ausschuss darüber, dass eine redaktionelle Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes in § 1 hinsichtlich des Datums des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritanniens und Nordirlands aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft nötig sei. Diese solle dem Landtag in der Dezembertagung zusammen mit einem laufenden Gesetzesvorhaben vorgelegt werden. Der Ausschuss nahm den Verfahrensvorschlag zur Kenntnis.

Der Ausschuss beschloss, seine für den 8. Januar 2020 geplante Sitzung ausfallen zu lassen.

Schluss: 12:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder